

Vorlage Nr. 101.17.1312

19. Mai 2014

1 von 1

Resolution gegen Homophobie

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Kassel betont das Recht, dass alle Menschen selbstbestimmt ihre hetero- oder homosexuelle Neigung im gegenseitigen Respekt mit ihren Partnerinnen und Partnern leben können. Kassel setzt sich für die Akzeptanz von Homosexualität und die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ein.
2. Die Stadt Kassel distanziert sich anlässlich des Kongresses für „Sexualethik und Seelsorge“, den der evangelische Fachverband Weißes Kreuz vom 22. bis 24. Mai in Kassel veranstalten wird, von Organisationen wie „Wüstenstrom“ und dem „Deutschen Institut für Jugend und Gesellschaft (DIJG)“, die Personen, die aufgrund ihrer homosexuellen Neigung in Konflikte geraten, nicht ergebnisoffen beraten, sondern sie in eine heterosexuelle Orientierung drängen.

Begründung:

Der in dieser Woche stattfindende Kongress für „Sexualethik und Seelsorge“ bietet ein Forum, u.a. für Referenten, die homosexuelle Neigungen als Krankheit einstufen, die man heilen könne. Diese stellen damit das Selbstbestimmungsrecht der Menschen religiös verbrämt in Frage. Die gesellschaftspolitisch progressive Tradition unserer Stadt gebietet es, sich ausdrücklich und öffentlich von dieser rückwärts gewandten Strömung zu distanzieren und deutlich zu machen, dass in Kassel solche Gesinnungen unerwünscht sind.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Christine Hesse

Anke Bergmann Stellv. Fraktionsvorsitzende SPD	Dieter Beig Fraktionsvorsitzender B90/Grüne	Axel Selbert Stellv. Fraktionsvorsitzender Kasseler Linke
Heinz Gunter Drubel Stellv. Fraktionsvorsitzender FDP	Bernd W. Häfner Fraktionsvorsitzender Demokratie erneuern/Freie Wähler	Jörg-Peter Bayer Piraten